

Stavo verspricht emotionale Debatten

Die Koalition im Stadtparlament will beim Messplatz Pflöcke einschlagen / Auch Parken steht auf der Tagesordnung der Sitzung

Von André Heuwinkel

DARMSTADT. Finanzielle Unterstützung fürs Klinikum, Anpassungen in der Parkraumbewirtschaftung und ganz viel Stadtentwicklung: Sowohl aus den Vorlagen des Magistrats als auch den Anträgen der Fraktionen kristallisieren sich für die kommende Stavo (Beginn 16 Uhr im Liebig-Haus) eindeutige Themenschwerpunkte heraus, die Emotionen versprechen. Denn eine erneute Grundsatzdebatte zum Thema Messplatz zwischen Koalition und OB Hanno Benz (SPD) scheint unausweichlich.

Das liegt vor allem daran, dass Grüne, CDU und Volt sowie der fraktionsbefreite Stadtverordnete Helmut Klett „Nägel mit Köpfen“ in der Entwicklungsfrage des fast 40.000 Quadratmeter großen Areals machen wollen. Denn dessen Schicksal war über Jahre hinweg politisch entschieden, nachdem die Bauvereins-Tochter „BVD daheim“ das Gelände 2019 erworben und zusammen mit Planquadrat Architekten zwei Jahre später die Pläne für den „Grünen Salon“ vorgestellt hatte. 560 neue Wohnungen sollen gebaut werden, eine neue Kita, Quartiersgarage und 8000 Quadratmeter an Gewerbeflächen entstehen.

Benz, der schon vergangenes



Die Fraktionen von Uffbasse und FDP fordern in der Parkraumbewirtschaftung Erleichterungen für Gewerbetreibende.

Archivfoto: Andreas Kelm

Jahr eine generelle Debatte um das städtische Wachstum losgetreten hatte, kündigte vor einem Monat an, die „Doktrin“ im Wohnungsbau aufzulockern und den Fokus aufs Gewerbe legen zu wollen. Was Unternehmerverbände begrüßten, erzürnte Architekten, auch der Bauverein reagierte skeptisch. Der von der Koalition vorgelegte Antrag fordert einerseits, einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vor-

zulegen und andererseits „an der bisherigen Planung“ festzuhalten.

In eine ähnliche Richtung zielt der Antrag Kletts ab. Er sieht in einem neuen Bebauungsplan-Verfahren den besten Weg, um das Projekt abzuschern. Die neuerliche Diskussion empfand er als „kontraproduktiv“.

Um das Thema Stadt- und Gewerbeentwicklung geht es auch beim FDP-Antrag zum Kuhn-

waldgelände, das nordöstlich direkt an die Starkenburg-Kaserne angrenzt. Die Freidemokraten fordern statt eines Wohngebiets Gewerbeflächen und einen Stopp des städtebaulichen Wettbewerbs. November vergangenen Jahres wurde bekannt, dass das nach einer Spedition benannte Gelände erst nach 2026 frei wird und von der Starkenburg-Kaserne wahrscheinlich zeitlich versetzt konzipiert werden muss. Grund da-

für sind die Freiräumungspläne der Bundeswehr: Erst, wenn andere „Kompetenzzentren“ des Militärs fertig sind, kann mit dem Auszug aus der Kaserne begonnen werden.

Einem anderen – wenngleich ebenfalls hochemotionalen Thema – widmen sich die beiden Anträge von FDP und Uffbasse. Beide Fraktionen wünschen sich eine Liberalisierung in der Parkraumbewirtschaftungspolitik, die sie mit Blick auf Gewerbetreibende und Selbstständige als zu starr empfinden. Die Wählervereinigung Uffbasse fordert „entpersonalisierte und kennzeichenunabhängige Sonderausweise“, Pflegedienste und Beschäftigte in Seniorenanlagen und Kliniken sollen Parkausweise auch für andere Stadtteile erwerben können. Generell sei es „wünschenswert“, dass sich die Dauer der Bewirtschaftung bis 20 Uhr erstrecke und „an den Wochenenden gar nicht“.

Die Liberalen insistieren auf Quartiersgaragen beziehungsweise Quartiersparkplätze und Spezialparkmöglichkeiten für Handwerker und soziale Dienste. Die beiden Berufsgruppen haben in der Vergangenheit wiederholt über aus ihrer Sicht aufwendige Suchverkehre und schlechte Abstellmöglichkeiten in bestimmten Quartieren geklagt.